

Seit Ankündigung der Energiewende ist die Bevölkerung einer wahren Gehirnwäsche ausgesetzt

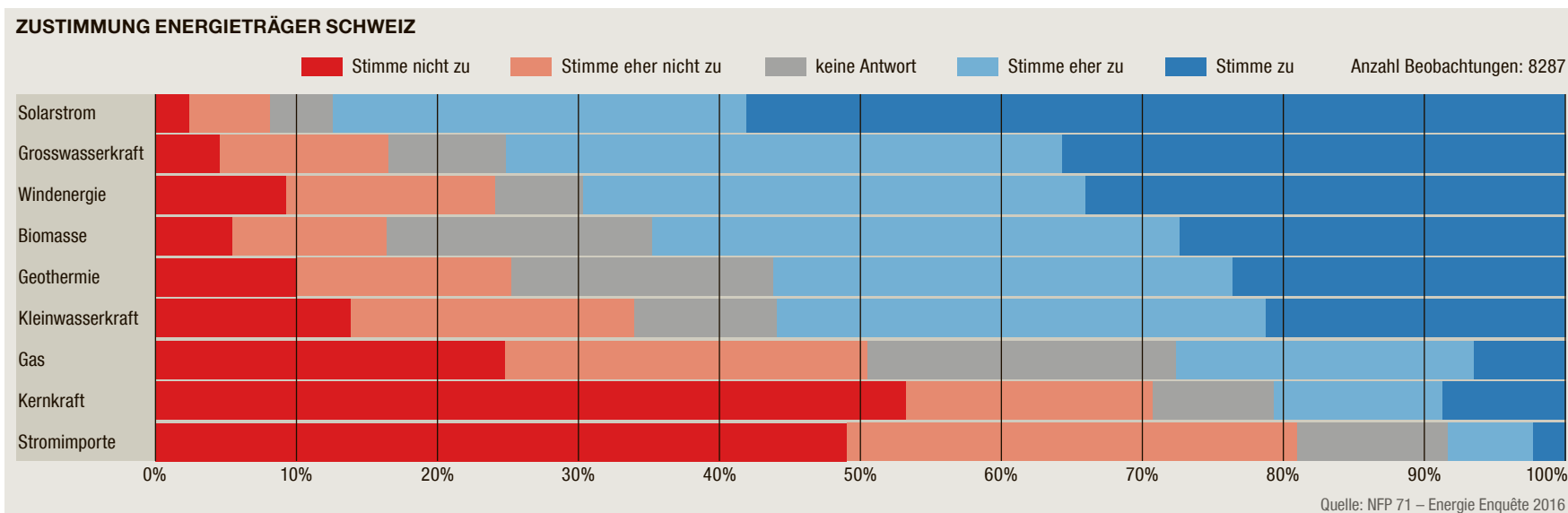
Der Populismus der Mitte

Von Hans Rentsch

Über den Rechtspopulismus berichten unsere Medien permanent auf hoher Erregungsstufe. Für den Linkspopulismus zeigen sie weniger Sensibilität. Den Populismus der Mitte haben sie noch gar nicht entdeckt. Dabei haben wir mit dem faulen Reformkompromiss in der Altersvorsorge und mit der schweizerischen Energiewende dafür eindrückliche Muster. In beiden Fällen haben links-grüne Strömungen die politische Mitte erfasst. Illustriert sei dies an der sogenannten Energiewende.

In der Energiepolitik manifestierte sich der Mittelpopulismus nach der Tsunami-Katastrophe vom März 2011 in Japan. Die politische Konstellation war nach dem Reaktorunfall von Fukushima für die potenziellen Profiteure günstig. In der Bevölkerung hatte die Akzeptanz der Kernenergie schlagartig einen Dämpfer erlitten. Im links-grünen politischen Spektrum, wo der Kampf gegen den «Atomstrom» religiöse Züge trägt, brauchte es zur Stärkung der Ansichten keinen AKW-Unfall. Ganz anders in der politischen Mitte. Die Nationalratswahlen vom Herbst 2011 standen vor der Tür. Die schleichend schrumpfende CVP stemmte sich gegen den weiteren Abstieg, stets in der Hoffnung, die FDP wieder zu überflügeln und den zweiten Bundesratsstz zurückzuerobern. Die Widmer-Schlumpf-Kleinpartei BDP wollte ihren Bundesratsstz gegen die Ansprüche des Hauptfeindes SVP retten und brauchte dazu die Unterstützung der Linken. Während die CVP hoffte, den Stimmungsschock im Wahlvolk ausnützen zu können, kalkulierte die BDP auf eine Mehrheit im Parlament für ihre Bundesrätin. Sowohl die CVP wie auch die BDP hatten vor «Fukushima» im Grundsatz die Kernenergie unterstützt. Beide Parteien vollzogen dann ein opportunistisches Wendemanöver für den Ausstieg.

«Hard cases make bad law», lautet eine politische Weisheit. Der Reaktorunfall war ein «hard case». Die schweizerische Politik reagierte darauf mit der Ankündigung einer Energiewende. Die Umsetzung in «bad law» liess nicht auf



Vorurteile in der Energiepolitik. Die Zustimmung der Bevölkerung zu den verschiedenen Energieträgern. Grafik BaZ/Jean-Claude Basler

sich warten. Über ein neues Energiegesetz als Grundlage der Energiestrategie 2050 (ES 2050) dürfen wir dank einem Referendum im kommenden Mai abstimmen. Seit der Ankündigung der Energiewende wurde die Bevölkerung einer wahren Gehirnwäsche durch Politik, Medien sowie allen möglichen Interessengruppen ausgesetzt. Die Möglichkeiten, in der Öffentlichkeit gehört zu werden, sind zwischen Befürwortern und Kritikern der ES 2050 sehr ungleich verteilt. Die SRG-Medien berichten mit regierungstreuer Schlagseite. Und das Bundesamt für Energie (BFE) verfügt mit seiner jährlich über 50 Millionen Franken teuren Propagandaplattform «Energie Schweiz» über ein Megafon, das nur linientreuen Stimmen zur Verfügung steht und kritische Stimmen weit übertönt.

Widersprüche aufgedeckt

All die von «Energie Schweiz» lancierten und geförderten Energiewende-Projekte tragen dazu bei, die im Publikum verbreiteten Illusionen über die Energiewende zu zementieren. Darüber gibt ein Modul des Nationalen Forschungsprogramms 71 (NFP 71) «Steuerung des Energieverbrauchs» Aufschluss. Dieses Teilprojekt über die «Energiewünsche der Bevölkerung» deckt die Widersprüche auf, welche die

Vorurteile der Leute über die künftige Energiepolitik prägen. Befragt wurden in der «Energie Enquête 2016» über 8000 Leute. Die abgebildete Grafik zeigt die Zustimmung zu den verschiedenen Energieträgern.

Die grosse Lebenslüge der grünen Bewegung: Alles, was wir wollen, ist machbar.

Die Leute wünschen also ganz zuoberst Solarstrom, Grosswasserkraft und Windenergie. Gar nicht wollen sie Stromimporte und Kernkraft. Auch Gaskraftwerke sind nicht populär. Die Fakten sind leider so, dass ausgerechnet das, was die Leute nicht wollen, durch die ES 2050 zwingend gebraucht würde, weil das, was sie wollen, zur Deckung des Strombedarfs niemals genügen wird:

> Für Grosswasserkraft sind wir bereits am Anschlag, was fast 80 Prozent der Befragten nicht zu wissen scheinen. Zudem investiert ohnehin niemand, da durch den massiv subventionierten deutschen Wind- und Solarstrom und den deshalb zu billigen Kohlestrom (CO₂-Preis im Keller) mit der Wasserkraft ausgerechnet der

Markt für den wirtschaftlichsten und umweltfreundlichsten Energieträger kaputt gemacht wurde.

> Die Ausbauziele der ES 2050 für Solar- und Windenergie sind unrealistisch. Der geplante massive Zubau inklusive des dazu notwendigen Netzausbaus stösst in der Schweiz eher früher als später an wirtschaftliche und ökologische Grenzen.

> Der stufenweise Wegfall der AKW-Bandenergie lässt sich nicht mit zufällig anfallendem Strom aus Wind und Sonne kompensieren. Es braucht für Wind- und Sonnenflauten konventionelle Back-up-Kapazität und/oder Speichermöglichkeiten, um Produktionsüberschüsse zu speichern.

> Die Speichertechnologie mag für kurzfristige Flauten Lösungen bieten, aber für die Deckung des Stromdefizits im Winter kommen nur Stromimporte oder Gaskraftwerke infrage. Die Mehrheit der Leute will aber weder das eine noch das andere, ganz abgesehen davon, dass es für Importe keine Liefergarantien gibt.

> Im Wissen um die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Grenzen auf der Produktionsseite will die ES 2050 der Schweizer Bevölkerung eine rabiate Austeritätspolitik des Energiesparens aufzwingen. Dass dies nur mit massiven staatlichen Eingriffen

in den Lebensalltag der Menschen ginge, dürfte einleuchten.

Alles sei machbar

Der Wissenschaftsjournalist Andreas Hirstein schrieb in der *NZZ am Sonntag* vom 14. Dezember 2014, die grosse Lebenslüge der grünen Bewegung sei zum Leitmotiv der offiziellen Schweizer Energiepolitik geworden. Alles, was wir politisch wollten, sei auch machbar: Atomausstieg plus Reduktion der CO₂-Emissionen plus neue Arbeitsplätze. In der Energiepolitik genüge es aber nicht, nur zu wollen. Es gebe technische und wirtschaftliche Grenzen, die kein noch so guter Wille aus dem Weg räume. Sie zu ignorieren, werde auch in der Schweiz noch teurer werden. Doch all die Widersprüche der ES 2050 und die verbreiteten Illusionen über die künftige Energieversorgung haben selbst die Delegierten der FDP nicht davon abgehalten, für die Abstimmung vom Mai die Ja-Parole zu beschliessen. Wenn sogar diese Partei links-grünen Positionen zum Durchbruch verhilft, dürfte klar sein, wie der Populismus der Mitte in der Praxis aussieht.

Hans Rentsch ist freier Wirtschaftspublizist. Von ihm erschien im Februar im Verlag NZZ Libro das Buch «Wie viel Markt verträgt die Schweiz?». Er ist zudem Mitgründer und Vorstandsmitglied des Carnot-Cournot-Netzwerks.

Mehr Geld für Milch

Bauern wollen höhere Preise von den Verarbeitern fordern

Bern. Das Jahr 2016 hat für die Milchbauern versöhnlicher geendet als angefangen. Die rückläufige Milchproduktion hat sich aber noch nicht wie erhofft auf den Preis ausgewirkt. Nun wollen die Bauern von den Milchverarbeitern und vom Handel höhere Preise einfordern. Hanspeter Kern, Präsident der Schweizer Milchproduzenten (SMP), forderte gestern an der Delegiertenversammlung in Bern die Bauern zu einem geschlossenen Auftreten auf. Dies sei eine Voraussetzung dafür, im Mai bei den nächsten Richtpreisverhandlungen die schon lange geforderte Preiserhöhung gegenüber den Milchverarbeitern und dem Handel durchsetzen zu können.

Die SMP fordern nicht zuletzt wegen der Entwicklungen auf dem internationalen Milchmarkt höhere Produzentenpreise für die Milch. Die Lage habe sich im internationalen Milchgeschäft im Verlaufe des vergangenen Jahres verbessert, teilte der Verband mit. Die Mengen seien gesunken, und die Produzentenpreise hätten angezogen.

Zu Beginn von 2016 waren auch die Milchmengen in der Schweiz noch sehr hoch gewesen, gingen dann aber zurück. Insgesamt war die Milchmenge im vergangenen Jahr um 1,5 Prozent kleiner ausgefallen als 2015. In den ersten Monaten 2017 seien die Milchlieferungen unter dem Vorjahr geblieben, teilte die SMP mit.

Gemäss SMP sind die Preise für Käse- und Biomilch 2016 stabil geblieben. Die Molkereimilch leide aber weiterhin an tiefen Preisen, heisst es in der Mitteilung. SDA

Die Züge der BLS sollen bis nach Basel und Zürich fahren

Berner Bahnunternehmen schielt auf Konzessionen der SBB



Vom Wallis bis nach Kloten. Drei rentable Fernverkehrslinien innerhalb der Schweiz schweben der BLS vor. Foto Keystone

Bern. Die BLS greift die SBB an: Die Berner Bahn interessiert sich für drei Fernverkehrslinien, damit sie sich den Betrieb ihres RegioExpress-Netztes leisten kann. Sie möchte das Wallis und das Berner Oberland mit dem Flughafen Zürich-Kloten verbinden und die Strecke Interlaken–Basel übernehmen.

Nach jetzigem Stand der Dinge wird sich die BLS im September um die entsprechenden Konzessionen bemühen. Ob dem wirklich so ist, wird sich weisen. Gestern an der Jahresmedienkonferenz betonte die BLS-Spitze, sie sei nach wie vor an einer «fairen, partnerschaftlichen Lösung» mit den SBB interessiert. Wie ein Kompromiss aussehen könnte, blieb offen.

Die SBB halten derzeit das Monopol auf den Fernverkehrslinien. Auch in Zukunft soll das Premium-Netz bei ihr bleiben. Es verbindet Zürich, Genf, Basel, Bern, Lausanne unter sich und

mit den Landesflughäfen. Dies will die BLS nicht antasten. Anders sieht es beim Basisnetz des Fernverkehrs aus.

BLS müsste Rollmaterial kaufen

Drei rentable Fernverkehrslinien schweben der BLS vor. Eine davon würde von Brig über Bern, Aarau, Zürich, Zürich-Flughafen nach Romanshorn führen. Eine weitere würde Interlaken mit Bern, Aarau, Zürich, Zürich-Flughafen und St. Gallen verbinden. Die dritte führt heute schon von Interlaken via Bern und Olten nach Basel. Diese könnte von der BLS im Prinzip rasch von der SBB übernommen werden, wie BLS-Konzernchef Bernard Guillelmon sagte. Würde seine Bahn tatsächlich die drei Konzessionen erhalten, müsste aber zunächst Rollmaterial beschafft werden. BLS-Züge könnten im nächsten Jahrzehnt nach Kloten und in die Ostschweiz fahren.

Zum Gesamtkonzept der BLS gehört auch der Ausbau des RegioExpress-Netztes. Die Bahn möchte die Zentren der erweiterten «Hauptstadtregion» im Halbstundentakt verbinden. Dabei geht es um sechs Linien: Von Solothurn über Burgdorf und Bern nach Bulle, von Lausanne über Bern durchs Emmental nach Luzern, von Le Locle über Bern bis Domodossola, von Biel nach Thun, von Bern nach Olten und von Zweisimmen über Spiez nach Interlaken.

SBB halten sich bedeckt

Mehrere Linien aus dem geplanten RegioExpress-Netz fallen gemäss den Vorstellungen des Bundes ab Ende 2017 ins Fernverkehr-Basisnetz. Sie sind allesamt nicht gewinnbringend. Deshalb brauche man eine Gegenfinanzierung mit den drei rentablen Fernverkehrslinien, macht die BLS geltend. Das Unternehmen war gestern bemüht, den Ball flach zu halten. Es handle sich nicht um einen Machtkampf mit den SBB, betonte Verwaltungsratspräsident Rudolf Stämpfli. Die Kirche bleibe im Dorf, die SBB behielten in jedem Fall die rentabelsten Verbindungen. Es gehe lediglich um eine Lösung, die für alle fair sei.

Die SBB hielten sich bedeckt. Sie kennen das Konzept der BLS, die eine Querfinanzierung des Regionalverkehrs anstrebe, hiess es in einer Mitteilung. Das stelle das System mit einer Fernverkehr-Netzkonzeption infrage. Die SBB bereiteten ein eigenes Gesuch für die netzweite Fernverkehrskonzession vor. Für weitere Gespräche mit der BLS sei man aber offen. SDA

Brief an die Behörden

Die Aargauer Gemeinde Fisibach will zürcherisch werden

Fisibach. Die kleine Aargauer Gemeinde Fisibach im Bezirk Zurzach läugelt mit einem Wechsel zum Kanton Zürich. Nach einem Beschluss an der Gemeindeversammlung will das 460-Seelen-Dorf dem Aargauer Regierungsrat nun einen Brief mit dem Antrag zum Kantonswechsel schreiben. Eine Delegation des Gemeinderats habe sich bereits mit dem Aargauer Regierungsrat für Volkswirtschaft und Inneres, Urs Hofmann, zu einer Aussprache getroffen, sagte Fisibachs Gemeindeammann Marcel Baldinger gestern auf Anfrage. Er bestätigte damit einen Bericht der *Aargauer Zeitung*. Nun werde man dem Regierungsrat eine «Voranfrage zur Prüfung des Kantonswechsels» zustellen, sagte Baldinger. «Das ist der erste konkrete Schritt.» Der Brief werde in zwei Wochen abgeschickt. Der Regierungsrat habe versprochen, noch vor den Sommerferien zu antworten.

Falls der Regierungsrat in Aarau dem Kantonswechsel zustimmen sollte, müsste auch der Zürcher Regierungsrat angefragt werden. Erst danach könnte die Gemeinde an einer Versammlung oder an der Urne über den Kantonswechsel entscheiden. Es gebe in der Gemeinde auch Leute, die eigenständig bleiben wollten, betonte Baldinger. Wenn die Aargauer Regierung nichts von einem Kantonswechsel wissen will, so hat die Gemeinde noch kein Alternativkonzept in der Schublade. Fisibach, das am Rhein ganz im Nordosten des Kantons Aargau liegt, grenzt an die Zürcher Gemeinden Bachs und Weiach. Die Primarschüler von Fisibach besuchen bereits die Schule in Weiach. SDA